

Gemeinsam für eine pragmatische Politik

Was hat die Badener Disputation politisch in der Eidgenossenschaft ausgelöst? Und wie haben die katholischen und die reformierten Orte sie rezipiert? Die SKZ sprach mit Martin Bürgin und Mariano Delgado.



SKZ: Herr Delgado, wie sind die katholischen Orte aus der Badener Disputation herausgegangen?

Mariano Delgado (MD)¹: Die sieben katholischen Orte fühlten sich als Sieger. Aber das Ziel, die 1525 in Zürich beschlossene Reformation rückgängig zu machen, wurde nicht erreicht. Zudem begingen sie aus der Sicht der zur Reformation neigenden Orte

einen folgenreichen taktischen Fehler, als sie auf Nachfrage des Berner Rates die Einsichtnahme in die Protokolle verwehrt. Dies führte zur Eskalation der diplomatischen Beziehungen und zur Distanzierung des Berner Rates von den Disputationsakten. Auch in Basel, wo Johannes Oekolampad, der Wortführer der Reformatoren in Baden, wirkte, gewann die Reformation Sympathien. Daher ist in der protestantischen Historiografie immer wieder vom «vermeintlichen» Sieg der katholischen Orte die Rede, während die katholische Seite den Sieg hervorhob und den unterlegenen Orten – Zürich, Bern, Basel und Schaffhausen – die Missachtung des mehrheitlich Beschlossenen vorwarf: die Verurteilung Zwinglis, die Bestätigung der zentralen Rolle des kirchlichen Lehramts bei der Auslegung der Schrift sowie die Beibehaltung des bisherigen Gottesdienstes.



Herr Bürgin, welche Impulse gab die Disputation den reformierten Orten?

Martin Bürgin (MB)²: Rückblickend kann zwar festgestellt werden, dass die Reformation zum Zeitpunkt der Badener Disputation, im Mai 1526, in mehreren Gebieten der Eidgenossenschaft Anklang fand. Offiziell und flächendeckend ein-

geführt war sie aber erst in Zürich. Dort hatte sich der Grosse Rat bereits 1523 auf die Seite Zwinglis gestellt. Zwingli selbst stand der Badener Disputation skeptisch gegenüber. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Eidgenossenschaft antizipierte er, dass das Ergebnis der Disputation – die Verurteilung der reformierten Positionen – bereits feststand. Aus Zürcher Perspektive sollten Disputationen deshalb nicht gesamteidgenössisch stattfinden, sondern an den Orten, wo konkret über die Einführung der Reformation verhandelt wurde. Zudem machte Zürich geltend, dass mit Baden kein neutraler Austragungsort gewählt wurde, dass eine parteiische Disputationsleitung eingesetzt wurde – das Präsidium bestand aus vier Anhängern des alten Glaubens – und schliesslich, dass die Sicherheit Zwinglis nicht gewährleistet sei. Deshalb sahen Zürich und Zwingli von einer direkten Teilnahme ab. Dafür nahmen reformatorische Prediger aus Basel, Bern, Glarus, Schaffhausen, Appenzell, St. Gallen, Toggenburg und Mühlhausen an der Badener Disputation teil. Diese fühlten sich nach der Disputation bestärkt in ihren theologischen Positionen; und im Zürcherischen Standpunkt, dass die einzelnen Orte souverän über die Einführung der Reformation bestimmen sollten. Wie Mariano Delgado bereits ausgeführt hat, führte die Badener Disputation also nicht zu einem nachhaltigen Sieg der katholischen Seite, sondern vielmehr zu einer sich vertiefenden kirchlichen Spaltung der Eidgenossenschaft.

Welche politischen und rechtlichen Auswirkungen hatte die Disputation auf das Verhältnis von reformierten und katholischen Ständen und Gemeinden?

MB: Rechtlich führte die Disputation auf altgläubiger Seite zur Verurteilung von Zwingli als Ketzer. Ein Urteil, welches die Reformierten selbstverständlich ablehnten. Politisch führte die Badener Disputation zu einer Verhärtung der religionspolitischen Fronten und zu einer Konsolidierung der beiden Lager. Ende 1526 wurde die Reformation in der Stadt St. Gallen durchgesetzt. 1528 erfolgte der Durchbruch der Reformation in Bern, Biel und Mülhausen. 1529 bekannten sich die Städte Basel und Schaffhausen zum reformierten Lager. In Glarus beschloss die Landsgemeinde im Mai 1529, dass jede Gemeinde selbst über die Form des Gottesdienstes bestimmen dürfe. Im Toggenburg wurden die reformierten Pfarrer im Anschluss an die Badener Disputation vertrieben. Sie kehrten aber schon nach kurzer Zeit zurück und setzten sich 1529

¹ Prof. em. Dr. mult. Mariano Delgado (Jg. 1955) hatte von 1997 bis 2025 Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte an der Universität Freiburg i.Ü. inne und war Direktor des Instituts für das Studium der Religionen und den interreligiösen Dialog. (Bild: zvg)

² Martin Bürgin forscht und lehrt an der Universität Bern zur europäischen Religionsgeschichte und zur Geschichte des Altkatholizismus. Davor war er Lehrbeauftragter für Religionswissenschaft in Zürich sowie Fellow am Leo Baeck Institute in London. (Bild: zvg)



Die Tagsatzung zu Baden 1531.

(Bild: Stadtarchiv Baden, Historisches Museum Baden)

schliesslich als dominante Kraft durch. Im selben Jahr erfolgte die Reformation auch im Thurgau. Allerdings handelt es sich bei all diesen Beispielen um Prozesse, die sich über mehrere Jahre hinzogen; Prozesse also, die ihren Anfang bereits vor der Badener Disputation hatten und die nur teilweise von ihr beeinflusst wurden. Daneben entfaltete sich in den Gemeinen Herrschaften und in den Drei Bünden ein Flickenteppich aus einzelnen Ortschaften, Regionen oder Klostersgemeinschaften, die sich zur Reformation bekannten. Wobei sich um diese Gebiete – und generell um die politische Dominanz innerhalb der Eidgenossenschaft – wiederholt bewaffnete Konflikte zwischen den beiden konfessionellen Lagern entfachten.

Gab es danach weitere Disputationen?

MD: Am folgenreichsten für die deutschsprachige Schweiz war danach die Berner Disputation vom 6. bis 26. Januar 1528. Diese ist das Ergebnis des erwähnten diplomatischen Konflikts mit den katholischen Orten. Durch die Verweigerung der Einsichtnahme in die Protokolle der Badener Disputation und die Drohung, auf die Bernische Bevölkerung direkten Einfluss einzunehmen, wurde der Berner Rat in die Arme der reformatorischen Bewegung getrieben. Die für das Bernische Gebiet zuständigen Bischöfe von Konstanz, Basel, Sitten und Lausanne und die meisten Katholiken verweigerten die Teilnahme. Ohne ebenbürtige Gegner trugen die reformierten Disputanten – Huldrych Zwingli, Berchtold Haller, Martin Bucer und Wolfgang Capito – einen leichten Sieg davon. Die darauffolgende Einführung der Reformation durch den Berner Rat wirkte als Fanal für den Durchbruch der Reformation in anderen Orten der deutschsprachigen Schweiz. Für die frankofonen Gebiete der heutigen Schweiz waren entscheidend die Genfer Disputation von 1535, die auch von den Katholiken boykottiert wurde, und die Lausanner Disputation von 1536, bei der zahlreiche

Katholiken zwar vertreten waren, wenn auch kaum aktiv. Insgesamt hat man den Eindruck, dass die katholische Seite nach ihrem «Sieg» in Baden kein Interesse an weiteren Disputationen hatte.

Wo liegen die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede zu den Disputationen in Deutschland?

MD: Formale Unterschiede bestehen darin, dass manche Disputationen in Deutschland, beispielsweise die Leipziger Disputation von 1519, an der wie in Baden der deutsche scholastische Theologe Johannes Eck beteiligt war, auf Lateinisch geführt wurden, während die Badener Disputation und die Berner Disputation in deutscher Sprache stattfanden, wie es in der Schweiz nach den Zürcher Disputationen von 1523 üblich war. Ein anderer Unterschied, vor allem der Badener Disputation, ist, dass sie am Ort der Tagsatzung stattfand und alle Orte eingeladen wurden. Man war sich dieses urdemokratischen, schweizerischen Prinzips bewusst: was alle betrifft, muss auch von allen beraten und beschlossen werden. Gemeinsamkeiten liegen in den Fragen, die zur Diskussion standen und von den neuen Thesen der Reformatoren hervorgerufen wurden: Bedeutung und Rolle des Schriftprinzips und der Tradition, Verständnis der Sakramente, vor allem des Abendmahls.

Als Quintessenz: Wie gingen die Eidgenossen mit der konfessionellen Trennung und den konfessionellen Differenzen um?

MB: Äusserst ambivalent, würde ich meinen. Einerseits wurden blutige Konflikte geführt. So kam es wiederholt zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit einer Vielzahl an Opfern. Zu nennen sind hier die grossen Konfessionskriege wie der Zweite Kappelerkrieg und die beiden Villmergerkriege, aber auch regionale Konflikte, in denen konfessionpolitische Fragen mitspielten, wie die Müs-

serkriege um das Veltlin, der Galgenkrieg im Schwarzbubenland oder die Bündner Wirren. Hinzu kommen unzählige lokale Konflikte um die Frage der wahren Religion, die Verfolgung von Andersgläubigen und deren Verurteilung in Ketzereiprozessen mit Todesurteilen. Zu bedenken sind schliesslich niederschwellige Formen von Gewalt, die sich bis ins 20. Jahrhundert hinstreckten. Ich denke hier etwa an die soziale Ausgrenzung von Personen, die konfessionelle Mischehen eingegangen sind. Was noch vor zwei Generationen als problematisch galt. Andererseits lässt sich festhalten, dass sich dieses fragile Gebilde, das die Eidgenossenschaft schliesslich war, als erstaunlich langlebig und resilient erwies. Trotz Kriegen und Konflikten haben sich die beiden konfessionellen Lager immer wieder zusammengerauft und sich in vielen Punkten auf eine gemeinsame Vorgehensweise geeinigt. Das gilt insbesondere im Bereich der Aussenpolitik und bei der Verwaltung der gemeinsamen Untertanengebiete. Bei allen Auseinandersetzungen können wir auch den Willen zu Konfliktlösungen, die Einigung auf eine pragmatische Politik und die Aufrechterhaltung eines Dialogs über die Konfessionsgrenzen hinweg feststellen. Hinzu kommen die Auswirkungen des Konfessionalismus im Bereich der Kultur. Die Ausformung konkurrierender Konfessionskulturen hat schliesslich zu einer bemerkenswerten Vielfalt im Bereich der Architektur, der bildenden Kunst, der Musik, des regionalen Brauchtums und der Alltagskultur geführt, welche die Schweiz bis heute prägt.

Welche Impulse nehmen Sie mit für heute?

MD: Die Badener Disputation ist Ausdruck einer Zeit, in der man bereit war, über zentrale Fragen des Glaubens und der Kirchengestalt diskursiv zu diskutieren, wenn auch mit dem Ziel, über die anderen zu siegen und dann keine Dissidenz zu dulden. Diese «Disputationsfreudigkeit» bräuchten wir auch – mit einer anderen Haltung – in der pluralistischen Gesellschaft von heute sowohl im ökumenischen und interreligiösen Dialog als auch bei den binnenkatholischen Reformbemühungen seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil. Denn nach dem ersten Petrusbrief 3,15–16 sollten wir immer bereit sein, «jedem Rede und Antwort zu stehen», der nach den Gründen für unsere Hoffnung fragt («Komm, lieber Eck, und gib Rechenschaft über deinen Glauben» – so forderten damals die selbstbewussten Schweizer Reformatoren den oben erwähnten deutschen Theologen heraus!); und dabei sollten wir «bescheiden und ehrfürchtig» antworten. Wie schon angedeutet, steht die Badener Disputation in idealer Hinsicht für ein eher synodales Verfahren unter Beteiligung aller Betroffenen. Gewiss ist die parlamentarische Demokratie nicht gänzlich übertragbar auf religiöse Institutionen. Aber das Kirchenrecht des Mittelalters enthält eine Regel, die dem gesunden Menschenverstand und der «Klosterdemokratie», etwa in den Abteien der

Zisterzienser und in den Konventen der Dominikaner, entspricht, wie Yves Congar in einer profunden Studie aufgezeigt hat: «Quod omnes tangit, ab omnibus tractari et approbari debet» (Was alle betrifft, muss von allen beraten und beschlossen werden). In der demokratischen Kultur der Schweiz blieb diese Regel wirksam. Aber seit der Krise des Konziliarismus im 15. Jahrhundert hat die klerikal geführte katholische Kirche eher Angst vor synodalen Verfahrensformen entwickelt. Wir sind nun mitten in einem Paradigmenwechsel. Denn es ist endlich Zeit, dass die katholische Kirche den Klerikalismus ablegt, diese Angst überwindet und an die partizipativen Traditionen ihres eigenen Rechts wiederanknüpft.

MB: Ich wäre etwas vorsichtiger, wenn es darum geht, die Disputation von 1526 als Vorbild zu betrachten. In der medialen Berichterstattung wurde die Badener Disputation von Politiker/innen und Pfarrer/innen auch als «Friedensgespräch» oder als «Grundstein für den gegenseitigen Respekt zwischen den Konfessionen» gedeutet. Das hält einer historisch-kritischen Bewertung nicht stand. Betrachtet man die Quellen, zeigt sich, dass die Disputation äusserst polemisch geführt wurde. Das Ziel war Unterwerfung, nicht Verständigung. Der Kirchenhistoriker Martin H. Jung wies in seiner Einführung zur kommentierten Edition des Disputationsprotokolls darauf hin, dass die Badener Disputation in ihrer Anlage «nach dem Vorbild der mittelalterlichen Ketzerbekämpfung zum Kampf gegen die Reformation eingesetzt» wurde; mit dem Ziel, Zwingli als Ketzer zu verurteilen. Andererseits nutzten die Reformierten die Badener Disputation, um für ihre Sache zu werben. Nicht nur in der Stadtkirche, sondern auch mithilfe von Pamphleten, die unter das Volk gebracht wurden. Man muss sich vor Augen halten, dass mit dem Buchdruck eine Medienrevolution stattfand, die von beiden Seiten genutzt wurde. Diese Texte waren äusserst deftig formuliert, mit dem Ziel, die andere Seite herabzuwürdigen. Das galt auch für die reformierte Seite. Man denke an die Schmähschriften von Niklaus Manuel oder Utz Eckstein. Wenn es um einen konstruktiven Dialog geht, sehe ich die Badener Disputation also eher als abschreckendes Beispiel. Das heisst aber nicht, dass wir ihr 500-Jahre-Jubiläum nicht feiern sollten. Im Gegenteil, wir können viel daraus lernen. Ich habe zuvor von ambivalenten Auswirkungen gesprochen. Gerade darin sehe ich einen fruchtbaren Impuls für ein Zusammenleben im 21. Jahrhundert. Ich glaube, dass wir als Gesellschaft und auch als Individuen profitieren, wenn wir lernen, Ambivalenzen auszuhalten. Wenn wir lernen, uns trotz unterschiedlicher Meinungen, politischer Weltbilder und religiöser Vorstellungen miteinander zu arrangieren. Das heisst nicht, dass wir nicht für unsere Werte einstehen sollen, aber dass wir vermehrt versuchen, mit einer Portion Pragmatismus, Nachsicht und Gelassenheit vorzugehen. *Interview: Maria Hässig*